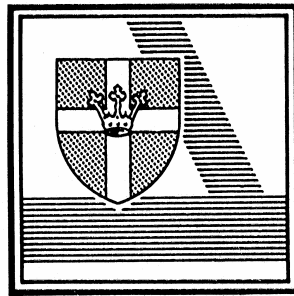


---

# STADT KOBLENZ

---



## **Haushaltsplan 2011**

**Ergebnishaushalt**

**Finanzhaushalt**

**Investitionsübersicht**

**2011 - 2014**

**Rede des Oberbürgermeisters und Stadtkämmerers Prof. Dr. Hofmann-Göttig in der  
Sitzung des Stadtrates am 17. Dezember 2010**

Sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrats,  
liebe Kollegin und Kollegen des Stadtvorstands,  
sehr geehrte Ortsvorsteher,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Sie sind es gewöhnt alljährlich an dieser Stelle eine fast einstündige Rede mit einer unüberschaubaren Vielzahl von Zahlen und Daten zu hören, von welchen Sie im besten Fall drei oder vier wirklich interessieren.

Nun,  
wer ständig nach hinten blickt beim Gehen, kommt zwangsläufig ins Stolpern  
und das liegt mir nicht.

Ich möchte mir und Ihnen den Umweg über den Zahlenfriedhof ersparen und direkt zum Kern der Sache kommen:

Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos

Der heute von mir einzubringende Entwurf weist im <b>Ergebnishaushalt</b> ein Defizit von	<b>66.502.797 Euro,</b>
einen Bedarf an <b>Liquiditätskredit</b> en von	<b>60.611.287 Euro</b>
sowie <b>Investitionskredite</b> von	<b>23.901.166 Euro</b>
aus.	

Damit haben wir im Haushaltsjahr 2011, unter Berücksichtigung von Tilgungsleistungen in Höhe von rd. 12,9 Mio. Euro,	
eine <b>Netto-Neuverschuldung</b> von	<b>71,6 Mio. Euro</b>
und nach Plan <b>zum 31.12.2011 eine Gesamtverschuldung</b> von	<b>479,8 Mio. Euro,</b>
<b>fast eine halbe Milliarde Euro !</b>	

Wenn dies auch eine erschreckende Zahl ist, möchte ich an dieser Stelle dennoch darauf hinweisen, dass uns im Haushalt 2011 zumindest **ein Abbremsen der Neuverschuldung** gelingen wird:

Die erforderliche Gesamtkreditaufnahme 2011 – also der Bedarf an Liquiditäts- und Investitionskrediten – beträgt 84,5 Mio. Euro gegenüber 106,2 Mio. Euro für das Jahr 2010 nach dem Stand des Nachtragshaushalts (vgl. Anlage 3).  
Ursächlich hierfür sind zum einen die Gott sei Dank wieder anziehenden Steuereinnahmen (vgl. Anlage 2).

Zum anderen ist das Gros der für die Bundesgartenschau notwendigen Investitionen mit 23,3 Mio. Euro in 2010 abgewickelt worden, so dass in 2011 hier „nur noch“ 10,8 Mio. Euro Investitionen zu finanzieren sein werden.

Ohne die beiden Großprojekte „BUGA“ und „Zentralplatz“ fiel im Übrigen der Vergleich der Kreditaufnahmen 2010 zu 2011 mit 78 Mio. zu 62,8 Mio. Euro ebenfalls zu Gunsten des Jahres 2011 aus.

Allein,

diese Betrachtung kann schon deshalb nicht befriedigen, weil eine singuläre Beschäftigung mit dem Jahr 2011 unseriös wäre:

bereits in Jahr 2012 holen uns die im Nachtrag 2010 mit über 114 Mio Euro zur Absicherung der weiter zu führenden Investitionen beschlossenen Verpflichtungsermächtigungen weitgehend in der Kreditaufnahme ein; laut Planung mit über 84 Mio. Euro. Nur auf den ersten Blick erscheinen daher die für 2011 neu veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen von 4,8 Mio. Euro als auffällig niedrig.

Die **mittelfristige Finanzplanung** ist insoweit aussagekräftiger: sie verzeichnet für das Ende des Jahres 2014 eine **Gesamtverschuldung** von **648,0 Mio. Euro**.

Meine Damen und Herren,

wenn wir so weitermachen, ist das **Eigenkapital** der Stadt Koblenz in **10 Jahren** aufgezehrt.

Allein die aufzubringenden Zinszahlungen steigen nach der heutigen Prognose von **13,9 Mio. Euro** in 2011 auf ungläubliche **28,2 Mio. Euro** in 2014!

Sollten die Zinssätze bis 2014 auf wahrscheinliche 6 Prozent ansteigen, dann sind dies im Jahr 2014 **33,4 Mio. Euro** Zinsdienste ohne Tilgung!

Ich habe mit der Kollegin und den Kollegen im Stadtvorstand, unterstützt von Mitgliedern der Verwaltung, über drei Tage hinweg die von den Fachdienststellen vorgelegten Mittelanmeldungen auf Herz und Nieren geprüft.

Dabei haben wir uns von der Maxime leiten lassen:

- keine neuen Maßnahmen, soweit nicht unabdingbare, als Notfall zu wertende Begründungen vorliegen
- Fortsetzung bereits begonnener Maßnahmen unter nochmaliger Prüfung von Zeitablauf und Mittelabfluss
- konsumtive Aufwendungen auf Vorjahresniveau mit Ausnahme begründeter Einzelfälle wie z.B. durch Zuweisung neuer Aufgaben verursacht
- Überprüfung der Personalaufwendungen und des Stellenplans, insbesondere bezüglich der Stellen mit kw- und N.N.-Vermerken. Hier ist es erstmals seit 2005 gelungen, trotz der sich permanent verändernden Aufgabenvielfalt den Personalbedarf des Kernhaushalts im Saldo um 2,5 Stellen zu kürzen.

Bereits dieses Vorgehen war ein schwieriger Prozess, der letztlich zu den absolut nicht befriedigenden Ergebnissen geführt hat, die Ihnen heute vorliegen.

Ich habe daher am 23.11.2010 angewiesen, dass entsprechend der Anteile am negativen Finanzierungssaldo im konsumtiven Bereich aus allen Teilhaushalten über eine Ausgabenkürzung von 3 Mio. Euro das Jahresergebnis entlastet werden soll.

Dabei geht es mir nicht um temporäre, oft auch von Zufälligkeiten geprägte Einmalereignisse, sondern um dauerhafte, nachhaltige und strukturelle Eingriffe in den Bestand.

Zu diesem Zweck habe ich auch gebeten, die Berichte des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der letzten drei Jahresabschlüsse auf bisher unberücksichtigt gebliebene Vorschläge von Amt und Ausschuss durchzusehen.

Die hierzu von der Verwaltung zu erledigenden Hausaufgaben sind bis zum 6.1.2011 zu leisten.

Heilige Kühe gibt es ausdrücklich nicht, weshalb Ihnen unter Umständen Vorschläge präsentiert werden, die Ihnen bekannt vorkommen und die in Zeiten, die nicht ganz so schlecht waren wie die heutigen, keine Mehrheit gefunden haben.

Natürlich sind neue Kredite oftmals leichter zu vermitteln als die Botschaft, dass ein Schwimmbad geschlossen oder eine Schule mit einer anderen zusammengelegt wird – aber die Schulden müssen zurückgezahlt werden – mit Zins und Zinseszins!

Wir fokussieren uns also auf Haushaltsposten, die tatsächlich beeinflusst werden können, auf die Nutzung von Spielräumen auch bei der Ausgestaltung übertragener Aufgaben bzw. Pflichtaufgaben; wir betrachten dabei die freiwilligen und die gebundenen Ausgaben.

Wie Sie wissen, bin ich bereit, vorurteilsfrei alle guten Ideen, egal wer das Urheberrecht dafür besitzt oder für sich beansprucht, aufzugreifen, zu prüfen und umzusetzen.

Dabei ist es selbstverständlich, dass sich der Blick nicht ausschließlich auf die Ausgaben richten kann.

In mehreren Runden, sowohl verwaltungsintern als auch unter Beteiligung der politischen Gremien, sind wir daher die Möglichkeiten der Ausschöpfung zusätzlicher Einnahmepotentiale durchgegangen - bis hin zu der am 01.01.2011 in Kraft tretenden Erhöhung der Hundesteuer.

Den – angesichts des Defizits – letztlich nur marginalen Verbesserungen müssen aber entschiedene weitere, signifikante Anstrengungen folgen. Dabei spreche ich ganz klar die Frage der Parkgebühren an. Aber auch der Gewerbesteuerhebesatz muss in Frage gestellt und unter Abwägung aller Vor- und Nachteile einer Erhöhung diskutiert werden.

Aus der Sicht des „Konzerns Stadt Koblenz“ werden auch die Eigenbetriebe und unsere Eigen- und Beteiligungsgesellschaften einer genauen Betrachtung unterzogen – durch nichts begründete Juliustürme wird es unter meiner Amtsführung nicht geben !

Die Einbindung der Bürger bzw. die Ermutigung zu bürgerschaftlichem Engagement ist in vielen Städten bereits selbstverständlich.

Warum nicht von anderen lernen?

Deshalb war ich bei meinem Trierer Amtskollegen, um zu prüfen, ob von dort etwas übernommen werden kann.

Meine schon zuvor angestoßenen Bemühungen zu Benchmarking und der Einführung eines Ziel- und Kennzahlensystems werde ich fortführen; für rd. 60 Produkte wird der Etat 2011 hier Angaben vorsehen.

Ich habe außerdem vor wenigen Tagen, genauer gesagt am 11.12., einen Workshop veranstaltet.

In einer Expertenrunde haben Leiter erfolgreicher Koblenzer Unternehmen, aber auch ein Vertreter des Städtetages Rheinland-Pfalz, dem Stadtvorstand, Fraktionsvertretern und leitenden Mitarbeitern meiner Verwaltung ihre Sichtweisen vorgestellt, wie Organisationsstrukturen verbessert, Verfahrensabläufe gestrafft und Personaleinsätze optimiert werden können.

Natürlich muss man ernsthaft hinterfragen, ob Abläufe der so genannten „freien Wirtschaft“ sich eins zu eins auf die Verwaltung übertragen lassen. Das geht natürlich nicht. Aber „Querdenken“ muss dennoch möglich sein, „Dazulernen“ auch von der privaten Wirtschaft !

Sicherlich ist kurzfristig – insbesondere für das Jahr 2011 – hiervon noch keine finanzielle Auswirkung zu erwarten.

Es gilt jedoch, über den Tag hinaus zu denken angesichts der eingangs angesprochenen mittelfristigen Haushaltsprognose.

Wir wollen eben nicht in eine psychologische Vergeblichkeitsfalle geraten und das Ziel der Konsolidierung des Haushalts kampflos aufgeben.

Wir können uns eben nicht darauf zurückziehen, dass es allen Kommunen schlecht und vielen sogar schlechter geht als der Stadt Koblenz.

Es ist unbestritten, dass sich die strukturellen Voraussetzungen zur Gewährleistung einer generationengerechten Politik zwischen den einzelnen Kommunen unterscheiden – aber am Ende ist immer die Politik selbst der Garant dafür, wie sich die Haushalts- und Verschuldungssituation vor Ort konkret entwickelt.

Deshalb:

lassen Sie uns lieber unvollkommen beginnen als perfekt zu zögern - ein „weiter so“ führt in die finanzielle Handlungsunfähigkeit!

Sie erhalten daher heute tatsächlich lediglich einen **Entwurf** für den Haushaltsplan 2011. Sie sind herzlich eingeladen, in den Beratungen des Haupt- und Finanzausschusses das Ihre zu weiteren Verbesserungen im Zahlenwerk beizutragen.

Das ist schon deshalb unverzichtbar, weil in den Folgejahren einige Sanierungsinvestitionen nicht verdrängt werden können:

ich erinnere an die Schulsanierung mit geschätzten ca. **200 Mio. Euro** und die Straßenbrückensanierungen mit rd. **100 Mio. Euro**.

Für diejenigen, die sich dennoch bereits heute für Einzelwerte aus dem vorliegenden Entwurf interessieren, die derzeitigen Ergebnisse der einzelnen Teilhaushalte des Ergebnishaushalts und jeweils einen, wirklich nur einen, Satz dazu:

Der Teilhaushalt 1 „Innere Verwaltung“ weist im vorliegenden Haushaltsplanentwurf einen Zuschussbedarf in Höhe von 15,5 Mio. Euro aus.

Für unser modernes Dienstleistungszentrum „Bürgeramt“ im Teilhaushalt 2 „Bürgerdienste“ beträgt der Stadtanteil rd. 1 Mio. Euro.

Der Teilhaushalt 3 „Umwelt“ berücksichtigt das zunächst auf drei Jahre angelegte Projekt „Elektromobilität in Koblenz“ und verursacht insgesamt ein Defizit von 1,7 Mio. Euro.

Der Teilhaushalt 4 „Wirtschaft“ umfasst die BUGA und die Wirtschaftsförderung und sieht einen Zuschussbedarf 2011 von rund 12,1 Mio. Euro vor.

Teilhaushalt 5 „Sicherheit und Ordnung“, also insbesondere Feuerwehr und Ordnungsamt, erfordern im konsumtiven Haushalt im kommenden Jahr mit 14,1 Mio. Euro.

Der kostenintensivste Teilhaushalt 6 „Jugend und Soziales“ weist im Haushaltsjahr 2011 einen Zuschussbedarf in Höhe von rund 74,9 Mio. Euro aus.  
Die städtische Belastung entfällt hier insbesondere auf folgende Positionen :

- Grundversorgung u. Hilfen gem. SGB XII: 28,5 Mio. Euro
- Grundsicherung für Arbeitssuchende: 14,6 Mio. Euro
- Förderung Kinder in Tageseinrichtungen und Tagespflege: 10,8 Mio. Euro.

Der Teilhaushalt 7 „Sport“ berücksichtigt die Generalsanierung der Duschen im Beatusbad in Höhe von 311.000 Euro und umfasst ein Zuschussvolumen von 5,5 Mio. Euro.

Die Koblenzer Schulen sind im Teilhaushalt 8 veranschlagt mit einer Unterdeckung von rd. 20,5 Mio. Euro.

Die zahlreichen kulturellen Einrichtungen werden im Teilhaushalt 9 „Kultur“ das städtische Budget „fordern“ mit 14 Mio. Euro.

Der Teilhaushalt 10 „Bauen, Wohnen und Verkehr“ beinhaltet für das Jahr 2011 eine Unterdeckung von rd. 40,6 Mio. Euro.

Der Teilhaushalt 11 „Zentrale Finanzdienstleistungen“ weist mit den hier veranschlagten Steuererträgen, Landeszuweisungen aus dem Finanzausgleich und Erträgen aus den städt. Beteiligungen als einziger Teilhaushalt einen Überschuss von 133,8 Mio. Euro aus.

Die **Investitionen**, ich habe dies schon ausgeführt, sind strikt am Bedarf orientiert. Hier die wichtigsten neben Zentralplatz, Bundesgartenschau und dem Schienenhaltepunkt, dem wir uns in der heutigen Ratssitzung an anderer Stelle leider noch widmen müssen:

Generalsanierungs- sowie An- und Neubaumaßnahmen der eigenen als auch der Kindertagesstätten der freien Träger im Rahmen der Sicherstellung des Rechtsanspruchs auf Kindertagesstättenplätze:

Zum bestehenden Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder ab 3 Jahren kam aufgrund landesrechtlicher Regelung (§ 5 KitaG) seit 01.08.2010 der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab 2 Jahren hinzu.  
Ab 01.08.2013 besteht dann zusätzlich aufgrund bundesgesetzlicher Regelung (§ 24 Kinderförderungsgesetz) ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr.

Die Kommunen, so auch die Stadt Koblenz, erhalten im Rahmen des Investitionsprogramms des Landes Rheinland-Pfalz „Kinderbetreuungsfinanzierung“ für die Schaffung

von Maßnahmen zur Sicherstellung von Betreuungsplätzen Zuschüsse noch bis zum 31.12.2013.

Die Förderung beträgt 90 v. H. der Gesamtkosten; sämtliche Maßnahmen müssen bis spätestens 31.01.2014 abgerechnet sein.

Das Gesamtvolumen an diesen Investitionsmaßnahmen beträgt bis einschließlich des Haushaltsjahres 2013 insgesamt rund 3,5 Mio. Euro, im Haushaltsjahr 2011 sind hierfür 2,9 Mio. Euro etatisiert.

Darüber hinaus sind nachfolgende Projekte hervorzuheben:

Erneuerung der Pfaffendorfer Brücke:

Mittelbedarf bis 2013 rund

**12 Mio. Euro**

Sanierung der Europabrücke:

Investitionsvolumen bis 2012 rund

**7,4 Mio. Euro**

Inwieweit dieser Ansatz im Lichte der tagesaktuellen Ereignisse noch – nach oben – zu korrigieren sein wird, muss geprüft werden.

Neubau Sporthalle Gymnasium Asterstein:

Finanzbedarf bis 2012 rund

**6,7 Mio. Euro**

Was die **Großprojekte** angeht:

Nach dem völlig missglückten Kostenmanagement des Schienenhaltepunkts werden wir bei der BUGA und erst recht beim Zentralplatz ein engmaschiges, effizientes und verlässliches Controlling installieren.

**Da stehe ich persönlich im Wort!**

Die Wirtschaftspläne der fünf **Eigenbetriebe** prognostizieren – mit einer Ausnahme – Gewinne, vgl. Anlage 4.

Bei dieser Ausnahme handelt es sich um den Eigenbetrieb Koblenz-Touristik. Wegen der hier umzusetzenden Maßnahmen entsteht ein negatives Betriebsergebnis, aber es wird zumindest kein Zuschuss aus dem Kernhaushalt notwendig.

Die Eigenbetriebe planen insgesamt im kommenden Wirtschaftsjahr Anlagezugänge in einer Größenordnung von **36,0 Mio. Euro** zu realisieren.

Der Investitionsumfang des Koblenzer Entsorgungsbetriebes beträgt 15,6 Mio. Euro, wobei 14,4 Mio. Euro für den Neubau des zentralen Betriebshofes veranschlagt wurden.

Die Koblenz-Touristik plant Investitionsausgaben von 7,3 Mio. Euro; hier schlägt die Sanierung bzw. Ausbau der Rhein-Mosel-Halle mit 7,0 Mio. Euro zu Buche. Nach derzeitigem Stand der Ausschreibungen und Nachträge werden sich die Kosten bei der Rhein-Mosel-Halle und damit der Kreditbedarf um 3 Mio. auf insgesamt 29 Mio. Euro erhöhen.

Die Stadtentwässerung hat mit 8,9 Mio. Euro erwartungsgemäß einen hohen Anteil an den gesamten Anlagezugängen.

Beachtenswert sind weiterhin der Investitionsumfang des Eigenbetriebs Grünflächen- und Bestattungswesen von 2,4 Mio. Euro und

unseres Kommunalen Gebietsrechenzentrums, das von 1,8 Mio. Euro ausgeht.

Da Sie meine heutige Rede sowohl in gedruckter wie in elektronischer Form werden nachlesen können, darf ich für weitergehende Informationen in tabellarischer Form auf die dann beigefügten Anlagen – wie Sie diese aus den Vorjahren kennen – verweisen.

Schließen möchte ich mit dem ausdrücklichen Appell, gemeinsam an der Konsolidierung unserer Finanzen mitzuwirken und ermutige Sie ausdrücklich, sich mit konstruktiven Vorschlägen zu beteiligen.